

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 10

Artikel: Wie kapitalistisch sind die USA?
Autor: Leichter, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

30. Jahrgang

Oktober 1951

Heft 10

OTTO LEICHTER

Wie kapitalistisch sind die USA?

In der weltbewegenden Diskussion über den Gegensatz zwischen Ost und West, zwischen dem amerikanischen Kapitalismus und dem russischen Kommunismus, steht die Frage der Entwicklung, des Mechanismus und des gesellschaftlichen Charakters der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialverfassung in den Vereinigten Staaten ebenso sehr im Vordergrund wie die Kritik am russischen Kommunismus und der Entartung der Sowjetrevolution. Die einen versuchen, den amerikanischen Kapitalismus als die brutalste Form kapitalistischer Ausbeutung und Expansion darzustellen, auf der anderen Seite besteht bei denen, die glauben, die individuelle Freiheit und den demokratischen Fortschritt zu neuen Gesellschaftsformen nur im Bündnis mit der wirtschaftlichen und militärischen Macht Amerikas verteidigen zu können, die Tendenz, das heutige Amerika bereits als eine halb- oder wenigstens viertelsozialistische Gesellschaft darzustellen, die sich auf dem von ihr selbst ungewollten oder ihr zumindest nicht ganz bewußten Wege zu einer neuen, nichtkapitalistischen Wirtschaftsform mit Planung und starken sozialen Tendenzen begriffen sei.

Das ist nicht nur eine theoretische Diskussion. Sie hat für die Bewertung wichtiger politischer Entwicklungen und für die Aufklärung über die Ursachen und Bedeutung der Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte, wenn nicht offen feindliche Lager unzweifelhaft große Wichtigkeit.

Soweit es auf die Amerikaner selbst ankommt und soweit sie für diese Auseinandersetzung überhaupt Verständnis haben, nehmen sie durchaus nicht den Standpunkt ein, daß in den USA ein verwerflicher und verabscheuenswerter «Kapitalismus» oder gar eine Tendenz zu neuen Wirtschaftsformen herrsche, sondern sowohl das offizielle Amerika wie auch seine Arbeiter, das heißt Gewerkschaftsbewegung und manche, die etwas wie eine selbständige amerika-

nische «Ideologie» zu entwickeln versuchen, vertreten etwa den folgenden Standpunkt: Amerika ist (und bleibt) ein Land von «Free Enterprise», ein Land mit Unternehmer- und Wirtschaftsfreiheit, ein Land individueller Wirtschaftsinitiative. Aber der amerikanische Kapitalismus ist von dem in Europa und der übrigen Welt verschieden: der europäische Kapitalismus kennt nicht mehr wirklich freie Konkurrenz, sondern Kartelle, Konzerne, ja zum Teil Überreste einer mittelalterlich-feudalen Zunft- und Agrarwirtschaft heben die individuelle Wirtschaftsfreiheit auf. Aus diesem Grunde ist das, was man in Europa als Kapitalismus zu kritisieren und verdammen gewohnt ist, grundverschieden von der Dynamik des amerikanischen Wirtschaftssystems mit seinem ununterbrochenen Fortschritt zu höherer Produktivität und gesteigerter Lebenshaltung.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr kennzeichnend, daß auf der diesjährigen Sommertagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen in Genf der Hauptdelegierte der Vereinigten Staaten, Isidor Lubin, einer der wirtschaftlichen Berater in der Ära Franklin Roosevelts, durch eine Reihe von Anträgen etwas wie eine Ideologie des «fortschrittlichen Kapitalismus» der USA zu entwickeln versuchte. Er forderte von den Vereinten Nationen Unterstützung sowohl für Agrarreform wie auch Vorschläge gegen die europäischen Kartelle und Konzerne.

All diese Diskussionen führen immer wieder zu der Frage: Wie kapitalistisch sind die Vereinigten Staaten? In Wirklichkeit soll eine Antwort auf diese Frage nichts anderes als den Charakter der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaft feststellen und Klarheit über die wichtigsten Elemente der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialverfassung Amerikas schaffen. Ist «Free Enterprise» wirklich so frei, wie seine Vertreter meinen? Ist der amerikanische Kapitalismus wirklich so planlos und unkontrollierbarer individueller Initiative ausgeliefert? Herrscht in den USA noch der für die kapitalistische Blütezeit charakteristische Glaube an die unbeschränkte Aufstiegsmöglichkeit des Einzelnen? Oder sind nicht neue soziale Ideale von kollektiver Sicherheit lebendig geworden? Ist die Differenzierung der Lebenshaltung, die Polarisierung der sozialen Extreme stärker oder schwächer geworden? Antworten auf diese Fragen sollen im folgenden angedeutet werden, soweit das im Rahmen eines Artikels möglich ist.

Individuelle Wirtschaftsfreiheit und Planung

Im Juni 1951 ist unter den Neuyorker Großwarenhäusern ein «Preiskrieg» ausgebrochen, der rasch um sich griff: verschiedenartige Waren, wie

vor allem elektrische Haushaltapparate, die von den verschiedenen Warenhäusern zu gleichen Preisen verkauft worden waren, wurden plötzlich billiger; von Stunde zu Stunde wurden neue Preise festgesetzt, wobei ein Warenhaus das andere zu unterbieten versuchte. Das war eine jener Demonstrationen der «freien Konkurrenz», die die Amerikaner so sehr lieben und auf deren Weiterbestehen sie so stolz sind. Der «Preiskrieg» war – abgesehen von Versuchen, übergroß gewordene Lagerbestände loszuwerden und den im Frühjahr langsamen Geschäftsgang zu beschleunigen – die Wirkung eines Urteils des Obersten Gerichtshofes, der festgestellt hatte, daß kein Detailhändler dazu gezwungen werden könne, von den ihn beliefernden Fabriken fixe Detailverkaufspreise zu akzeptieren. Der Oberste Gerichtshof hatte damit getreu seiner Tradition und im Sinne der Gesetzgebung gegen Trusts und Kartelle die «freie Konkurrenz» bekräftigt.

In vielen Fällen mag ihr Weiterbestehen nur eine Selbsttäuschung der an «Free Enterprise» glaubenden amerikanischen Öffentlichkeit sein. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bindungen in der Wirtschaft, soweit sie auf Kartellverabredungen, Preisübereinkommen der Produzenten eines ganzen Wirtschaftszweiges und allgemeinen Übereinkommen von Händlern beruhen, hier noch immer viel geringer sind als in irgendeinem europäischen Land. Die dirigierte kapitalistische Wirtschaft zum Beispiel der Weimarer Republik, die in einer Unzahl solcher wirtschaftlicher Bindungen bestand, beruhte auf der fast völligen Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz, ohne den Kapitalismus auszuschalten. Es ist für die amerikanische Wirtschaft kennzeichnend, daß eine Erhöhung von Automobilpreisen, die das Preisstabilisierungsamt im September 1951 bewilligte, von den verschiedenen der großen Automobilfabriken mit verschiedenen Preiserhöhungen – im Rahmen der festgesetzten Grenzen – beantwortet wurde. Der Schein der «freien Konkurrenz» wird hier sehr sorgsam gewahrt. Das Justizministerium wacht sehr aufmerksam über Preisvereinbarungen oder industrielle Expansionen, die zur Folge haben könnten, daß ein ganzer Wirtschaftszweig von einem Konzern beherrscht würde. Besteht eine solche Möglichkeit, dann bringt das Justizministerium eine Klage ein, die die betreffende Unternehmung durch Gerichtsurteil zur Auflösung oder Aufteilung in verschiedene selbständige Unternehmungen zwingen soll.

So kommt es auch, daß für viele Waren noch ein relativ freier Markt besteht und daß die Konkurrenz viel schärfer ist. In dieser Beziehung ist die Wirtschaft – abgesehen von Kontrollen, die in außerordentlichen Zeiten, wie der gegenwärtigen Zeit des «kalten Krieges», verhängt werden – freier und beweglicher geblieben. In dieser Beziehung ist Amerika – viel mehr als

Europa – ein Land von «Free Enterprise», und der freie Konkurrenzkampf fällt viele Entscheidungen, die in anderen Ländern von den Wirtschaftsführern in gegenseitigen Übereinkommen erreicht werden oder das Ergebnis von Planung sein mögen. Es ist für den Durchschnittsamerikaner auch kennzeichnend, daß er des Einflusses freier Marktentscheidungen bewußt, seine Macht einzusetzen versteht: die hohen Rindfleischpreise haben zum Beispiel während des letzten Jahres einen mehr oder weniger bewußten und planmäßigen Konsumentenstreik ausgelöst, der zu einer empfindlichen Senkung des Rindfleischverbrauches geführt hat. Solche Augenblicke der vermeintlichen Selbstherrlichkeit des Konsumenten sind hierzulande Momente der Befriedigung über die «freie Wirtschaft».

Da freie Konkurrenz und individuelle Wirtschaftsfreiheit Merkmale des Kapitalismus sind, kann man füglich sagen, daß in dieser Beziehung Amerika «kapitalistischer» ist als die meisten anderen Länder außerhalb des Sowjetblockes.

Freie Konkurrenz ersetzt alle Wirtschaftsplanung; auf dem Markte werden die Entscheidungen von freien und unabhängigen Marktparteien gefällt. Aber wer nicht verstünde, die weiten Gebiete der Planung zu sehen, die es bereits in den Vereinigten Staaten gibt, dem blieben sehr wichtige Elemente der heutigen amerikanischen Wirtschaft verschlossen.

Da ist zunächst die im Augenblick am deutlichsten sichtbare Planung: die Wirtschaftskontrollen, die wegen der Wiederaufrüstung und zum Kampf gegen die Inflation verhängt wurden. Es ist richtig, daß diese Kontrollmaßnahmen als ungenügend und insbesondere von den Gewerkschaften als ungerecht angesehen werden. Trotzdem haben insbesondere die Zuweisungen von Rohmaterial an die Wirtschaft und die Verfügungen, die den Umfang der Produktion für den zivilen Konsum bestimmen, weitreichenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft. Hier hat man es mit unzweideutigen Planungsmaßnahmen zu tun. Charles E. Wilson, der frühere Präsident von General Electric, ist gegenwärtig der Leiter des Amtes für Verteidigungsmobilisierung und als solcher in mancher Beziehung ein Wirtschaftsdiktator. In einem viel beachteten Artikel («New York Times Magazine», 26. August 1951) mit dem bezeichnenden Titel «I Hate Controls, But We Need Them Now» (Ich hasse Kontrollen, aber wir brauchen sie jetzt) antwortete Wilson auf die Frage, die viele seiner Kollegen aus der amerikanischen Großindustrie und ebenso viele seiner politischen Freunde aus der Republikanischen Partei stellen: «Was ist Charlie Wilson passiert?» Und Wilson versucht zu zeigen, daß eine Umstellung der gesamten Industrie auf einen Produktionsplan, bei dem etwa 25 Prozent des Nationaleinkommens für Rüstungszwecke verwendet werden sollen,

ohne Planung und damit auch ohne Eingriffe in die Wirtschaft nicht durchgeführt werden kann. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn kein allgemeiner Krieg ausbricht, die gegenwärtigen Kontrollen gegen Ende 1953 wieder gelockert und später wieder aufgehoben werden können. Aber die amerikanische Wirtschaft war nach der Aufhebung der Kontrollen des zweiten Weltkrieges sowohl was ihre Struktur, Produktivität und vor allem Produktionskapazität betrifft, nicht mehr dasselbe, was sie vor dem Krieg gewesen war. Und es ist bei der gegenwärtigen rapiden Produktionsausdehnung kaum anzunehmen, daß eine einfache Rückkehr selbst zu dem Zustand vor dem Beginn des Koreanischen Krieges möglich sein wird. Die Stahlindustrie wird zum Beispiel auf Verlangen der Regierung rapid ausgedehnt. Dasselbe trifft auf die Aluminium-, die synthetische Gummiindustrie und manche andere Wirtschaftszweige zu. Es wird viel mehr Wirtschaftsplanung und eine viel größere wirtschaftliche Initiative der Regierung als bisher notwendig sein, um die Möglichkeit zu schaffen, diesen auf ihr Verlangen ausgedehnten Wirtschaftsapparat im Gang zu erhalten. Man vergesse gerade in diesem Zusammenhang nicht, welche Rolle die Sicherung der Vollbeschäftigung nach der Ausdehnung der Wirtschaftskapazität während des zweiten Weltkrieges gespielt hat. Darüber wird noch in einem anderen Zusammenhang zu sprechen sein.

Über die Planungsmaßnahmen im gegenwärtigen Augenblick hinaus, gibt es in weiten Zweigen der amerikanischen Wirtschaft Planung und Regierungsintervention, die kaum mehr als vorübergehend angesehen werden können: das agrarische Preisstützungssystem der Regierung, das auf die Garantie gewisser Mindestpreise hinausläuft und vor allem in der gesicherten Abnahme agrarischer Produkte besteht, die den Preis drücken und den Markt desorganisieren könnten. Die Regierung ist der Käufer, und ungeheure Lager- und Kühllhäuser bergen leicht verderbliche landwirtschaftliche Produkte, die nicht vernichtet werden. Das Budget sieht in jedem Jahr große Summen für diese Preisstützungsaktionen vor (für 1952 zum Beispiel mehr als 500 Millionen Dollar), aber die tatsächlichen Ausgaben hängen von dem Umfang der Ernte ab. Nach der Ernte des Jahres 1951 zum Beispiel muß erwartet werden, daß infolge einer überreichlichen Weizenernte in Kanada die Preise für Weizen sinken werden. Das wird aber nicht zur Folge haben, daß die hart bedrängten amerikanischen Konsumenten weniger für Brot zahlen werden. Im Gegenteil, es werden mehr Steuergelder notwendig sein, um den Getreidepreis in den Vereinigten Staaten zu stützen. Das ist freilich nur eine groteske Nebenerscheinung in der landwirtschaftlichen Planung, die seit 1933 in der einen oder anderen Form weitergeführt wird und der es zu danken ist, daß die

Vereinigten Staaten sich aus der bedrohlichen allgemeinen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und der besonderen schweren Krise der Landwirtschaft befreien konnten.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen eine Wiederkehr einer Absatzkrise für landwirtschaftliche Produkte wird im amerikanischen Landwirtschaftsministerium versucht, landwirtschaftliche Erträge zu planen und vorher abzuschätzen. Diese Technik der Planung ist sehr weit entwickelt und gestattet, wirtschaftliche Entwicklungen auf Jahre vorausszuschätzen. (Diese Versuche, wirtschaftliche Veränderungen vorher zu bewerten und zum Beispiel Schwankungen im Konsum oder Verschiebungen des Geschmacks zu beeinflussen und abzuschätzen, spielen in der Wirtschaftstechnik amerikanischer Unternehmungen eine bedeutsame Rolle.) In der amerikanischen Landwirtschaft sind Vorausschätzungen und Planung des Anbaues bei der Baumwoll-, Tabak- und vielfach auch bei der Getreideproduktion immer häufiger.

Hier hat man es zweifellos mit einer Dauererscheinung zu tun. Die landwirtschaftlichen Planungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die für die wirtschaftlichen Reformen des «New Deal» wohl ebenso kennzeichnend sind wie die Maßnahmen auf dem Gebiet der Gewerkschafts-, Kollektivvertrags- und Sozialpolitik, werden auch von einer politisch verschiedenen Administration nicht mehr rückgängig gemacht werden können, denn die Farmer sind ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Faktor im Leben Amerikas. Es ist kennzeichnend, daß bei den Präsidentenwahlen des Jahres 1948 die Besorgnis der Farmer, daß eine republikanische Administration die Preisstützung aufgeben und den freien Markt wieder herstellen könnte, dazu geführt hat, daß eine Reihe agrarischer Staaten des Mittelwestens, die traditionelle republikanische Mehrheiten gehabt hatten, überraschenderweise für Truman stimmten und damit die Wahlen zu seinen Gunsten entschieden. So darf man füglich erwarten, daß diese landwirtschaftliche Planung in der einen oder anderen Form weitergeführt werden wird. Sie schaltet aber den freien kapitalistischen Markt auf weite Bereiche der Wirtschaft aus, ist einer der wichtigsten Faktoren in der Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen und des für den «echten» Kapitalismus so kennzeichnenden Konjunkturwechsels. In dieser Beziehung sind also die Vereinigten Staaten «weniger kapitalistisch» als vor zwanzig Jahren und planwirtschaftlicher als viele andere Länder. Es ist sehr kennzeichnend, daß der sogenannte Brannan-Plan – nach dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister benannt – ein fixes und von der Regierung garantiertes Einkommen für die Farmer vorsieht; nach dem Plane würde die Regierung den Ankauf der landwirtschaftlichen Pro-

dukte garantieren, aber den Konsumenten den Vorteil von möglichen Preisschwankungen zukommen lassen. Die Verwirklichung dieses Planes würde die Einführung einer Gemeinwirtschaft für den weiten Sektor der amerikanischen Landwirtschaft bedeuten. Die Opposition gegen den Brannan-Plan ist groß und hat bisher seine Verwirklichung verhindert, aber Präsident Truman hat ihn darum nicht aufgegeben.

Schließlich soll noch ein drittes Gebiet erwähnt werden, auf dem wirtschaftliche Planung eine immer wachsende Bedeutung hat: die riesenhaften Aktiengesellschaften, deren jede einen beträchtlichen Teil eines ganzen Wirtschaftszweiges beherrscht. Unternehmungen wie General Electric auf dem Gebiete der Elektroindustrie, General Motors oder Ford in der Automobilindustrie, Du Pont in der Chemie, um nur einige der größten zu nennen, Unternehmungen, die in ihren Betrieben hunderttausende Arbeiter beschäftigen und einen großen Teil des amerikanischen Bedarfs in ihren Wirtschaftszweigen decken, sind gezwungen, ihre Produktion, ihren Absatz, ihre Preispolitik und selbstverständlich auch ihre Erzeugungsmethoden und ihre Konstruktionen auf Jahre hinaus zu planen. Gewiß, keiner dieser Industriekonzerne hat ein absolutes Monopol, jeder von ihnen hat mit Gegenmaßnahmen von Konkurrenten zu rechnen, die ebenso wie die allgemeine Wirtschaftsentwicklung Pläne umstoßen können. Der gesamte Wirtschaftsablauf vollzieht sich nicht nach einem Plan, und die einzelnen Pläne der riesenhaften Unternehmungen sind nicht koordiniert und voneinander unabhängig. Trotzdem darf die Bedeutung der Tatsache, daß in so großen Wirtschaftseinheiten nach genauen Plänen gearbeitet und daß die verschiedenen Unterabteilungen – jede von ihnen eine große Unternehmung für sich – ihre Produktion koordinieren, nicht unterschätzt werden. *Innerhalb* dieser Unternehmungen herrscht bereits vollendete Planwirtschaft – und das mag ansteckend wirken. Hier hat die Übersteigerung des Kapitalismus zur Einführung neuer, nicht notwendigerweise kapitalistischer Methoden geführt.

Wirtschaftsfreiheit, Planlosigkeit und Konjunkturschwankungen, Krisen, Massenarbeitslosigkeit und mangelnde Ausnützung der von ihm selbst geschaffenen Produktionsmöglichkeiten sind die häufigsten und wirksamsten Anklagen gegen den Kapitalismus. Die Zeiten, in denen auch Anhänger des freien Kapitalismus das Risiko wirtschaftlicher Rückschläge der ihnen folgenden Zeiten des Aufstieges willen in Kauf nahmen, sind vorbei. Auch in den Vereinigten Staaten, in denen man sich sonst ohne jede Hemmung zum System von «Free Enterprise» bekennt, sind nach den noch lange nicht vergessenen Erfahrungen der dreißiger Jahre Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit die am meisten gefürchteten inneren Feinde. Man darf wohl sagen,

daß die Verhinderung von Arbeitslosigkeit und die Sicherung dauernder Vollbeschäftigung die wichtigsten Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik sind und daß es kaum jemand geben dürfte, der diese Zielstellung in Frage stellen würde; über die Methoden gehen freilich die Meinungen noch weit auseinander.

Besonders seit Kriegsende ist es die zentrale Frage der Innen- und Außenpolitik gewesen, einen wirtschaftlichen Rückschlag zu verhindern und die im Krieg außerordentlich vermehrte Produktionskapazität weiter voll auszunützen. Daß dies gelungen ist, ist bekanntlich eine der wichtigsten weltpolitischen Tatsachen der Nachkriegsentwicklung gewesen. Die gegenwärtige Aufrüstung und die militärischen Pläne für die nächsten zwei Jahre schaffen eine gewisse Gewähr dafür, daß die Vollbeschäftigung bis 1953 anhalten wird.

Was bedeutet diese Politik der Vollbeschäftigung für die Wirtschaftsgesinnung der Menschen und was für ihre Einstellung zu den Idealen eines freien Kapitalismus, dem ungehinderten Aufstieg des Individuums? Wie weit staatliche Wirtschaftspolitik ein Instrument wirtschaftlicher Planung geworden ist, ist schon angedeutet worden. In diesem Zusammenhang sei nur darauf verwiesen, daß das Gesetz über die Sicherung der Vollbeschäftigung, das 1946 vom Kongreß gegen einen guten Teil der amerikanischen Traditionen beschlossen worden ist, die sorgsame Beobachtung aller Vorgänge und Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu der Aufgabe der Administration gemacht und dem Präsidenten die Pflicht auferlegt hat, zweimal im Jahre dem Kongreß über die allgemeine Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung und über geeignete Maßnahmen zur Sicherung oder Herstellung der Vollbeschäftigung zu machen. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit seit 1945 – mit kurzen Ausnahmen 1948 und 1949 – unbeträchtlich gewesen ist, hat dieses Gesetz und die Wirtschaftsbeobachtung durch die von ihm berufenen Wirtschaftsberater (Economic Advisers) nicht die Rolle gespielt, die sie bei einer wirtschaftlichen Entwicklung gespielt hätte. Wie dem auch sei, Sicherung der Vollbeschäftigung ist nun nach dem Gesetz eine der ständigen Pflichten der Administration in den USA.

Damit ist aber nicht der mehr ungehinderte und unberechenbare Aufstieg des Individuums, nicht das wirtschaftliche Auf und Ab mit seinen unbeschränkten Möglichkeiten, sondern die kollektive Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Einzelnen in den Vordergrund der Zielsetzung sowohl des Einzelnen wie der Gesamtheit gerückt. Es würde zu weit führen, im einzelnen zu zeigen, wie diese neuen Tendenzen, die der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung und Tradition Amerikas durchaus zuwiderlaufen, sich in der Zielsetzung der Gewerkschaften, in ihrer praktischen Kollektivvertragspolitik, in

ihren Forderungen an die Gesetzgebung – an welche letztere sie bis vor zwanzig Jahren noch gar nicht glaubten! –, aber auch in den Zielen der mittleren und kleinen Farmer und der Massen der Angestellten durchgesetzt haben.

Offiziell wird niemand «Free Enterprise» anzweifeln, und selbst unter den amerikanischen Gewerkschaftsführern hat es noch keinen einzigen von Bedeutung oder Einfluß gegeben, der es für notwendig gefunden hätte, ein Wort gegen die individuelle Wirtschaftsfreiheit zu sagen. Wahrscheinlich würde es auch gar nicht gut aufgenommen werden. Aber die Wirtschaftsgesinnung, die sozialen Zielvorstellungen sind auch in den Vereinigten Staaten nicht mehr die typisch kapitalistischen. Fragt man die Mehrzahl der Durchschnittsamerikaner, dann werden sie ihre wirtschaftliche Zukunft nicht etwa durch einen märchenhaften Aufstieg zu einem Millionärdasein, sondern viel eher durch eine Rente der Sozialversicherung, durch eine Betriebspension oder allenfalls durch individuelle Versicherung gewährleistet sehen.

Soziale Differenzierung

Immer schärfere, die gesellschaftliche Stabilität bedrohende soziale Polarisierung ist eines der Merkmale der klassischen kapitalistischen Entwicklung. Kann man auf Grund der Entwicklung der Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt feststellen, daß diese fortschreitende soziale Differenzierung weitere Fortschritte gemacht hat?

Unzweifelhaft sind die Reichen noch reicher geworden. Alle Statistiken über die Profite der Aktiengesellschaften zeigen, daß die Gewinne nicht nur während des Krieges zugenommen, sondern sich auch nachher auf Rekordhöhe behauptet haben. 1950 hat für viele Aktiengesellschaften neue Rekorde gebracht – und zwar für Gewinne, die nach Bezahlung der Steuern verblieben sind. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Sinne die Reichen noch reicher geworden sind. Der amerikanische Kapitalismus ist der Produktion und Akkumulation neuen Reichtums noch durchaus nicht müde geworden; er hat seine volle Regenerationskraft behauptet.

Auf der anderen Seite kann aber nicht behauptet werden, daß die soziale Differenzierung durch Verarmung der Armen ärger geworden ist. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß die Lebenshaltung der breiten Massen eher gestiegen ist und daß Farmer und Arbeiter gegenwärtig besser leben als 1933, als die Ära Franklin Roosevelts begann und die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt durchschritt. Wahrscheinlich lebt ein großer Teil der Arbeiter und auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Farmer heute besser als 1929, vor

dem Ausbruch der großen Depression. Eine Statistik über die Entwicklung der Einkommen nach Bundesstaaten gegliedert zeigt, daß im Jahrzehnt 1940 bis 1950 die stärkste Einkommensvermehrung in den Südstaaten und in den agrarischen Staaten des Mittelwestens und des Nordwestens zu verzeichnen war, während die industrialisierten Staaten mit einem hohen Prozentsatz städtischer Bevölkerung hinter der Einkommenssteigerung in den anderen Staaten zurückgeblieben sind. In dieser Statistik kommt vor allem der soziale Aufstieg der amerikanischen Farmer, zum Teil auch der – freilich viel zu langsame – Fortschritt im Süden zum Ausdruck. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß diese Einkommensstatistik eher die Tendenz zu einem Ausgleich der großen sozialen Unterschiede vor allem in den verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten zeigt.

Ist es das Zeichen ungemilderter kapitalistischer Entwicklung, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, so kann man von der amerikanischen Gesellschaft sagen, daß alle wohlhabender werden, die Reichen freilich rascher und in unvergleichlich höherem Maße als die breiten Massen und als es dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt entspricht. (Es vollzieht sich somit eine *relative* Verarmung der breiten Massen. V. G.)

*

Welche allgemeine Schlußfolgerung kann aus diesen Betrachtungen abgeleitet werden? Die wirtschaftliche und soziale Verfassung der Vereinigten Staaten entwickelt sich durchaus im Rahmen einer individualistischen kapitalistischen Wirtschaft. Bestand, Berechtigung und weitere Entwicklungsfähigkeit von «Free Enterprise» sind durchaus unangefochten. Kein anderes gesellschaftliches System und keine andersgeartete Wirtschaftsorganisation werden als ideologische Ziele dem Kapitalismus in Amerika entgegengestellt. So entwickelt er sich auf seiner eigenen Basis weiter.

Je weiter er fortschreitet, desto mehr und weniger kapitalistisch wird er. Das ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn in der Entwicklung auf seiner eigenen kapitalistischen Basis entwickeln sich neue Elemente einer Wirtschaft mit immer mehr Merkmalen, die dem Kapitalismus im traditionellen Sinne fremd sind. So darf man auf die Frage «Wie kapitalistisch ist Amerika?» ohne Gefahr einer Paradoxie antworten: Es wird zugleich mehr und weniger kapitalistisch; es ist eine Entwicklung, die, je weiter sie auf den kapitalistischen Bahnen weiterführt, neue, nicht-kapitalistische, aber doch spezifisch amerikanische Wirtschaftsformen erzeugt.